

B e s c h l u s s v o r l a g e

Bereich/Aktenzeichen/Sachbearbeiter **Tagesordnungspunkt:**

1.01 Ho/ 1.01 20 15 / Fechner, Oswald **Drucksachennummer:** 1.01/143/2007

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Status	Sitzungstermin
Stadtrat	zur Entscheidung	Ö	02.05.2007

Betreff: Resolution und Aktionsplan "Rechtsextremismus"

Beschlussantrag:

Der Stadtrat beschließt, rechtsextremen Aktivitäten durch eine Präventionsstrategie entgegen zu wirken.

Worms, 03.07.2007
Stadtverwaltung Worms

Handzeichen Amtsleiter/in
bzw. Bereichsleiter/in

Sichtvermerk Dezernent/in

Vorsitzende/r

Begründung:

Der Stadtrat diskutierte in seiner Sitzung am 22.11.2006 den Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Aufruf „Worms wehrt sich“ zu unterzeichnen und alle in diesem Aufruf vorgeschlagenen Maßnahmen zur Abwehr der Demokratiegefährdung aktiv zu unterstützen.

Der Stadtrat stimmte mit großer Mehrheit der Vertagung des Antrages zu. Es erging der Auftrag an die Fraktionen, sich zu verständigen und abzustimmen.

In der Sitzung des Ältestenrates am 19. März 2007 wurde die nachfolgende Präventionsstrategie erarbeitet:

Grundsätze der Menschenrechtsarbeit

Der Wormser Bürgerschaft ging es immer dann gut, wenn es gelang, das Potenzial der vor Ort zusammentreffenden Religionen und Kulturen in einen kreativen Dialog zu führen. Aus den zahlreichen historischen Konflikten ist das Bedürfnis gewachsen, diesen friedlichen Weg interreligiöser und interkultureller Begegnungen weiter zu beschreiten und zu vertiefen. Parallel dazu ist auch die Kenntnis entstanden, wie das in Politik und Alltag bewerkstelligt werden könnte. Die Stadt Worms lässt sich dabei leiten von den Prinzipien der Menschenrechte, wie sie in Artikel 1, Absatz 2 des deutschen Grundgesetzes formuliert sind. Dort heißt es: „Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ Eine wichtige Grundlage der Menschenrechtsarbeit ist die 1948 von der UN verabschiedete „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“. Sie definiert bürgerliche, politische und soziale Rechte, die dem Einzelnen um seiner Würde willen zukommen. In dreißig Artikeln werden Garantien zum Schutz der menschlichen Person (Recht auf Leben, Verbot der Sklaverei, Verbot der Folter), Rechte in juristischen Verfahren, bürgerliche Freiheitsrechte wie die Meinungsfreiheit, die Religionsfreiheit, die Eigentumsgarantie oder die Ehefreiheit sowie wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte garantiert. Diese Rechte sollen für alle Menschen ungeachtet ihrer Rasse, ihres Geschlechtes oder ihrer Nationalität gelten. Auf diesem Hintergrund engagiert sich die Stadt Worms in der Gedenk- und Erinnerungsarbeit sowie im interreligiösen und interkulturellen Dialog und bezieht Stellung gegen totalitäre Tendenzen jeglicher Art. Der Stadtrat verurteilt deshalb alle Formen des politischen Extremismus, sei es von rechts und von links.

Aktuelle Entwicklung des Rechtsextremismus

Rechtsextreme Aktivitäten und Straftaten haben bundesweit zugenommen und heute den höchsten Stand seit 5 Jahren erreicht. Auch in Rheinland-Pfalz gibt es weiterhin Aktivitäten, die zur Besorgnis Anlass geben.

Rechtsextremismus ist kein jugendspezifisches Problem, sondern ist als Problem der politischen Kultur in allen Bevölkerungsgruppen vorzufinden. Die allgemeine politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in unserer Gesellschaft gibt Vielen das Gefühl der Bedrohung in wesentlichen Lebensbereichen wie Arbeit, Wohnen und Familie. Die existenzielle Verunsicherung, die Rollenunsicherheit und die Handlungslosigkeit führen zu einem Verlust des Vertrauens in Politik und Wirtschaft und letztlich auch in Staat und Demokratie. Der Rechtsextremismus bietet Orientierung und Lösungen an und hat die geeigneten „Sündenböcke“ parat. Keinesfalls jedoch ist Rechtsextremismus ein schichtenspezifisches Phänomen, das alleine aus der Gefährdung der materiellen Existenz entsteht, sondern findet sich hinsichtlich der Einstellung in allen gesellschaftlichen Gruppen.

Bei Wahlergebnissen unterscheidet sich Worms in den Werten rechtsextremer Parteien nicht von den anderen Städten in Rheinland-Pfalz. Bei den Kommunalwahlen 1989 und 1994 konnten die „Republikaner“ mit 8,3 und 6,0 % bis 1999 in den Wormser Stadtrat einziehen. Bei den

letzten Bundestagswahlen erreichten rechtsextreme Parteien in Worms 3,6 % und bei den letzten Landtagswahlen (Zweitstimmen) 4,6 % der Stimmen und sind in den Parlamenten nicht vertreten. Dies soll keineswegs zur Verharmlosung der Problematik erwähnt sein, denn das Risiko, dass sich Bevölkerungsgruppen gesellschaftlich abkoppeln, an politischen Prozessen desinteressiert sind und ihrem Vertrauensverlust z.B. durch rechtsextremes Wahlverhalten Ausdruck verleihen, ist durchaus erkennbar.

In historischer Sicht war Worms selbst keine ausgesprochene NS-Hochburg, wie die Wahlergebnisse bis 1933 belegen; es gab vor und nach neben dem lange Zeit resistenten katholischen auch ein beachtliches kommunistisches Milieu ('Rotes Worms'). Nach 1945 hat es in Stadt und Umland keine signifikanten Stimmenanteile für rechtsextreme Parteien gegeben.

Worms hat den jüngeren Entwicklungen nicht tatenlos zugesehen, sondern seit Jahren eigene Aktivitäten entfaltet, die nachfolgend an verschiedenen Beispielen dargestellt werden:

Gedenkarbeit und Prävention (in Zusammenarbeit mit BürgerInnen und Initiativen):

- Kooperation von Volkshochschule Worms und Förderverein Projekt Osthofen (KZ-Gedenkstätte und NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz) bei Vorträgen und Ausstellungen
- Gedenktafeln im öffentlichen Raum (u.a. am Sinzheimer-Geburtshaus und an der ehemaligen Polizeikaserne in der Erenburger Straße) sowie Herausgabe des Führers „Auf den Spuren des Nationalsozialismus in Worms“ (Worms-Verlag)
- Gedenken des Widerstandes gegen die Nazidiktatur am 20.07. gemeinsam mit amnesty international
- Aktion „Stolpersteine“ in Abstimmung mit „Warmaisa-Gesellschaft zur Förderung und Pflege jüdischer Kultur in Worms“
- Regelmäßige Veranstaltungen im Jüdischen Museum Raschi-Haus
- Zahlreiche Ausstellungen, Vorträge, Forschungsvorhaben und Publikationen des Stadtarchivs
- Jährliche Gedenkveranstaltungen von Warmaisa und/oder Antifaschistischem Bündnis am 27. Januar und am 9. November

Antirassismus/Gegen Antisemitismus:

- Interkulturelle Woche jeweils im September / Unterstützung des interkulturellen runden Tisches sowie ab 2007 Herausgabe eines Veranstaltungsflyers „Interkultur Worms“
- Geschäftsführung des Ausländerbeirates / Unterstützung seiner Aktivitäten, u.a. am Antirassismustag im März
- Veranstaltungen der Kulturkoordination, u.a. Kinderkulturkarawane in der Diesterweg-Hauptschule (2006 und 2007) oder Weltmusik-Truck der DGB-Jugend am BIZ (2005)
- Jüdische Kulturtage seit dem Raschijahr 2005 jährlich (Veranstalterkreis mit der Jüdischen Gemeinde Worms/Mainz, Warmaisa und dem Jüdischen Museum)
- Kultur gegen Rechts / Beteiligung des Kulturbüros an der Festhausveranstaltung 2002

Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus:

- Faltblätter der Landeszentrale für politische Bildung im Rathausfoyer 2005
- VVN-Ausstellung zum Neofaschismus im Mai 2007 im Rathaus (Programm „Geist der Freiheit“)
- Ausstellung „Bücher aus dem Feuer“ ab 10.05.2007 in der Stadtbibliothek, u.a. gemeinsam mit dem Eleonorengymnasium / weiteres Projekt der Stadtbibliothek mit der Landeszentrale für politische Bildung im zweiten Halbjahr
- Aktivitäten von Wormser BürgerInnen gegen rechtsextreme Auftritte in Worms (u.a. 1983 Verhinderung einer DVU-Veranstaltung mit dem Schwitzleugner David Irving, 1987, Ver-

hinderung des geplanten NPD-Deutschlandtreffens, 90er Jahre Menschenkette zwischen Synagoge und Heiligem Sand nach Grabsteinschändungen auf dem jüdischen Friedhof, 2005 Demonstration gegen eine Demonstration der „Kameradschaft Kurpfalz“)

Aufarbeitung des nationalsozialistischen Unrechtsregimes und seiner Folgen

- 2005 wissenschaftlich fundierte Darstellung der NS-Zeit in Worms im Rahmen der von der Stadt herausgegebenen `Geschichte der Stadt Worms´ auf der Basis von Forschungen und Material des Stadtarchivs
- Erforschung und Dokumentation des Schicksals der Zwangsarbeiter in Worms in Buchform (2003)
- Aufarbeitung und Vermittlung der Geschichte des Jüdischen Worms und des Schicksals der ermordeten und vertriebenen Wormser Juden seit den 1970er Jahren auf wesentliche Initiative von Dr. Fritz Reuter, dem Ehepaar Schlösser und anderen, 1982 Errichtung des Raschi-Hauses als bislang einzigem Jüdischen Museum in Rheinland-Pfalz, seither zahlreiche Veranstaltungen und Publikationen, darunter Herausgabe einer CD-ROM mit Dokumentation des Schicksals der Wormser Juden 1933 – 1945 im Jahre 2002

Politische Strategie

Die politische Strategie in Worms hat einen handlungsorientierten Ansatz, der in den geschilderten Beispielen seinen Ausdruck findet und nach den lokalen Anforderungen weiter entwickelt werden soll. Dies kann sowohl repressiv sein, wenn es sich um ordnungsrechtliche/polizeiliche Maßnahmen handelt als auch präventiv, wenn es um Informationen, Aufklärung und die Vermittlung von Werten wie Demokratie und Toleranz geht.

Die Stadt Worms will verschiedene Handlungsfelder, die unmittelbar miteinander in Bezug stehen, in ihre Prävention gegen Rechtsextremismus einbeziehen.

Aus der Vergangenheit gibt es verschiedene Beispiele rechtsextremer Aktivitäten in Worms, die zeigen, dass es durchaus Anhänger für das Gedankengut und Aktivisten für die Verbreitung gibt. Auch regional und überregional gibt es offenbar funktionierende Verbindungen.

In einem ersten Schritt sollte die Problemstellung unter Einbeziehung von Polizei und Verfassungsschutz nüchtern analysiert werden:

- Gibt es in Worms eine rechtsextreme Szene und welche Rolle spielt die rechtsextreme „Kameradschaft Worms“?
- Welche rechtsextremen Aktivitäten gibt es in Worms?
- Welche Ziele sind damit verbunden?
- Gibt es regionale und überregionale Netzwerke, in die Worms eingebunden ist (Aktionsbündnis Rhein-Neckar, Kameradschaft Bergstraße)?
- Lässt sich sozialräumlich eine Zuordnung darstellen und begründen?

Die Analyse soll neben dem Problemaufriss auch Lösungsansätze und Handlungsfelder aufzeigen.

Gesellschaftspolitisch findet **politische Bildung** in Familien, Schulen und anderen Bildungstätten, Parteien und den verschiedensten gesellschaftlichen Institutionen und Vereinen statt. Gedenkarbeit macht unsere konkrete neuere Geschichte bewusst und nimmt eine herausgehobene Position ein. Worms zeigt seine Weltoffenheit und Toleranz als Lehre aus der eigenen Geschichte und formuliert neben den seitherigen Aktivitäten verschiedene neue Angebote:

- Aktion Ende Februar zur Zerstörung der Stadt im 2. Weltkrieg
- Deutsch-Französischer Tag

- Amerikatag
- Menschenrechtstag im März / Tibetflagge / Nürnberg
- Aktion zu Bücherverbrennung im Mai / Leseaktion
- Gedenk- und Diskussionsveranstaltung zum „Tag des Widerstandes“ (20. Juli)

Das Handlungsfeld „**Bildungs- und Ausbildungspolitik**“ ist geprägt von der gerechten Chance des Zugangs zu Bildung. Dabei ist die Durchlässigkeit der Systeme genauso angesprochen wie das Ziel, Bildung nicht am gesellschaftlichen Status oder dem Einkommen der Eltern auszurichten.

Vor allem für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ist der Erwerb von Sprachkompetenz von zentraler Bedeutung für ihre weitere Entwicklung und ihre Integration. Daher beginnt bereits in den Kindertagesstätten der Spracherwerb.

Handlungsbezogen gibt es für Schulen und Ausbildungsstätten entwicklungsfähige Anregungen:

- Projekttag zu Migration und Toleranz in Schulen und Ausbildungsstätten
- Wettbewerb zu Antirassismus und Toleranz an Schulen
- Einbeziehung des Jugendparlamentes / Projekttag für Jugendleiter

Im Jugendkulturbereich sowie im Jugendsozialbereich finden seit Jahren ebenfalls eine Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus statt. Chancen zur Prävention hat vor allem die Studie zur „Einrichtung eines Jugend- und Kulturzentrums“ mit ihrer Empfehlung einer Netzwerklösung ergeben. Aus dieser Grundlage hat die Stadt Worms ihr Interesse an einer Teilnahme am Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ bekundet.

Bei der **Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik** kommen einer aktiven Wirtschaftsförderung verbunden mit einer offensiven Ansiedlungspolitik und Bestandspflege ebenso gesteigerte Bedeutung zu wie der Attraktivität der Stadt, die zunehmend ein bestimmender Faktor für Standortentscheidungen wird.

Daneben wird es unter dem Gesichtspunkt der politischen und gesellschaftspolitischen Orientierung von Bedeutung sein, dass es für diejenigen Angebote gibt, die aus den unterschiedlichsten Gründen keinen direkten Zugang zum ersten Arbeitsmarkt haben. Die kommunale Beschäftigungsförderung als „Soziale Beschäftigung“ muss erhalten bleiben und ausgebaut werden. Neben dem Einkommenserwerb ist die Beschäftigung als persönliche Sinnggebung von hoher Bedeutung und schafft gesellschaftliche Teilhabe.

Die aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung sagt, dass Rechtsextremismus ein Problem in der Mitte der Gesellschaft ist und keines des Randes oder bestimmter Altersgruppen. Menschen mit rechtsextremen Einstellungen sind eine sehr heterogene Gruppe. Für rechtsextreme Einstellungen ist auch nicht nur eine Ursache auszumachen, sondern es gibt individuell und gesellschaftlich unterschiedliche Beweggründe, die für sich oder nebeneinander eine Rolle spielen.

Rechtsextremismus ist kein Individualproblem, sondern eine gesellschaftliche Herausforderung.

Gremium: **Stadtrat** / Sitzung am 02.05.2007

einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: 80/2007

z. Begl.

s. Folgebl.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, rechts- und linksextremen Aktivitäten durch eine Präventionsstrategie entgegen zu wirken.